

Bremen schockt seit Jahren damit, dass Schülerinnen und Schüler hier viel schlechtere Bildungschancen haben als anderswo in Deutschland. Das hat viele Ursachen, die meisten davon sind politisch gemacht: Bereits zu Zeiten der Großen Koalition wurden über 1.000 Lehrerstellen gestrichen und bildungspolitische Fehlentscheidungen getroffen. Rot-Grün wollte das eigentlich ändern.

Mit voller Fahrt vor die Wand

Versprochen und beschlossen wurde viel: Der Ausbau der Ganztagschulen, die Oberschulen, mehr Sprachförderung und der gemeinsame Unterricht für Kinder mit und ohne Behinderung (Inklusion).

All das kostet Millionen – und zwar zusätzlich. Dieses Geld wird dringend gebraucht, aber von SPD und Grünen nicht bereitgestellt. Die Koalition hat im Frühjahr eben jenen Haushalt beschlossen, den Bildungssenatorin Jürgens-Pieper in ihrem Rücktrittsschreiben als „strukturell unterfinanziert“ bezeichnet. Strukturell unterfinanziert bedeutet: Mit jedem Tag verschlimmert sich die Situation an den Schulen, die Lücken werden größer und größer. Rot-Grün steuert Bremens Schulen mit voller Fahrt vor die Wand.

Kürzen, kürzen, kürzen

2013 werden durch Pension und Rente rund 300 Stellen frei. Diese sollen aus dem Bildungshaushalt „erwirtschaftet“ werden. So nennt Rot-Grün das Aufreißen neuer Lücken zum Stopfen bestehender Löcher. Durch diese Umschichtungen leidet die Unterrichtsqualität, und die Bildungsreformen werden nicht einmal mehr ansatzweise umgesetzt.

Der für benachteiligte Stadtteile besonders wichtige Ausbau der Ganztagschulen wurde gestoppt. Fortbildungen für die Inklusion und die Zahl der Referendarinnen und Referendare wurden gestrichen und gesenkt. Unterrichtsausfall ist Normalität. Die Klassenfrequenzen sollen erhöht werden. Eltern, Schüler und Lehrer fühlen sich zu Recht im Stich gelassen.

Wahlbetrug à la Rot-Grün

Mittlerweile ist allen in der Stadt klar, dass mehr Geld für Personal und Investitionen an den Schulen her muss, und zwar schnell. Auf Antrag der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE hatte die Koalition im vergangenen halben Jahr zweimal die Gelegenheit, den falschen Kurs zu korrigieren und einen Nachtragshaushalt aufzustellen. Fehlanzeige. Sie wollten es nicht.

Wären die Abgeordneten von SPD und Grünen so konsequent wie die Bildungssenatorin, müssten sie sich jetzt hinstellen und sagen: ‚Unsere Wahlversprechen waren ihr Papier nicht wert. Bremens Kinder müssen mit mangelhaft ausgestatteten Schulen für das Versagen der Politik bezahlen. Mit dem vorhandenen Geld subventionieren wir lieber eine Elitehochschule wie die Jacobs University.‘ Das wäre immerhin ehrlich.

Rot-grüne Bildungspolitik 2012: Eine Chronologie des Versagens

- 9. Mai: Rot-Grün beschließt Landeshaushalt
- 9. Mai: Rot-Grün lehnt lokale Vermögenssteuer & mehr Geld für Schulen ab
- 26. Juni: Schlechte Nachrichten: Zum 1. August fehlen 110 Lehrerstellen
- 28. Juni: Koalitionsausschuss beschließt erstes Kürzungspaket
- 10. Juli: DIE LINKE beantragt Nachtragshaushalt
- 12. Juli: Koalition beschließt Schuldenbremse für Landesverfassung
- 16. August: Bürgermeister Böhrnsen will Tempo bei Schulreform ‚prüfen‘
- 13. September: Rot-Grün lehnt Nachtragshaushalt in der Bürgerschaft ab
- 9. November: Schlechte Nachrichten: 2013 fehlen über 300 Lehrerstellen
- 11. November: Koalitionsausschuss bleibt ohne Einigung
- 13. November: Schlechte Nachrichten: Kein Geld für Heizkosten im Haushalt
- 16. November: DIE LINKE fordert erneut Nachtragshaushalt
- 22. November: Rot-Grün lehnt Nachtragshaushalt wieder ab
- 25. November: Koalitionsausschuss beschließt zweites Kürzungspaket
- 26. November: Bildungssenatorin Jürgens-Pieper tritt zurück



Bildungswagenburg gegen
Koalitionswahlbetrug:
Protest-Aktion vor dem
Plenarsaal der Bürgerschaft